



V E R M E R K

Europaausschuss

19. Wahlperiode - 12. Sitzung

Informationsreise des Europaausschusses vom 26.02. - 01.03.2018 nach Brüssel

Anwesende Abgeordnete

Wolfgang Baasch (SPD)

Vorsitzender

Wolf Rüdiger Fehrs (CDU)

Hartmut Hamerich (CDU)

Peter Lehnert (CDU)

Tobias Loose (CDU)

Bernd Heinemann (SPD)

Regina Poersch (SPD)

Rasmus Andresen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Stephan Holowaty (FDP)

Volker Schnurrbusch (AfD)

Jette Waldinger-Thiering (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:

Die einzelnen Gesprächsthemen und Berichterstatter sind dem beigefügten Programm der Informationsreise zu entnehmen (Anlage 1).

Der Europaausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtages hat sich in Brüssel über aktuelle politische Entwicklungen in der Europäischen Union informiert. Alle Fraktionen des Landtages nahmen an der dreitägigen Ausschussreise teil.

Ein Schwerpunkt der Gespräche konzentrierte sich auf die Verhandlungen zur Ausgestaltung des EU-Haushaltes 2021-2027. Haushaltskommissar Günther Oettinger hatte für die Abgeordneten aus dem Norden eine deutliche Botschaft bereit: Angesichts des Brexits und neuer Aufgaben für die Europäische Union, unter anderem in der Verteidigungspolitik und dem Grenzschutz, erwarte er von Deutschland deutlich höhere Beiträge zum EU-Haushalt, was bereits im Koalitionsvertrag angeklungen sei. Die Brexit-Lücke von 12 bis 14 Milliarden Euro pro Jahr müsse etwa zur Hälfte durch Kürzungen im bestehenden Haushalt und neuen Mitteln ausgeglichen werden. Der aktuelle EU-Finanzrahmen von 2014 bis 2020 habe ein Gesamtvolumen von 964 Milliarden Euro. Dies entspreche etwa einem Prozent der EU-Wirtschaftsleistung. Rund ein Drittel der Gelder dienten der Unterstützung der Landwirtschaft, ein weiteres Drittel der Strukturförderung. Die Europäische Kommission werde ihren förmlichen Vorschlag für die nächste EU-Haushaltsplanung spätestens im Mai 2018 dem Europäischen Parlament und dem Rat vorlegen. Damit der Finanzrahmen in Kraft treten könne, müssten ihn die Mitgliedstaaten einstimmig annehmen.

Die Vertreter der Generaldirektion Regio der Kommission wiesen darauf hin, dass bis zum 9. März eine öffentliche Konsultation zu EU-Fonds im Bereich der Kohäsion laufe. Diese sei im Internet unter der folgenden Adresse einsehbar: http://ec.europa.eu/regional_policy/de/newsroom/news/2018/03/03-07-2018-public-consultation-on-eu-funds-in-the-area-of-cohesion

Die Konsultation ziele darauf ab, die Meinungen der interessierten Kreise einzuholen, wie jeder einzelne Euro aus dem EU-Haushalt am besten genutzt werden könne. Die dabei gesammelten Erfahrungen würden bei der Vorbereitung des neuen mehrjährigen Finanzrahmens berücksichtigt werden.

Es schloss sich eine Diskussion über Integrierte territoriale Investitionen (kurz: ITIs) an. Ein neues Instrument der EU zur gezielten Umsetzung integrierter räumlicher Strategien und Konzepte. Sie ermöglichten eine ortsbezogene Bündelung von Fördermitteln aus verschie-

denen ESI-Fonds. Damit hätten sie eine vereinfachte Finanzierung von sektorenübergreifenden Maßnahmen bzw. von Kombinationen aus Investitionen in die physische Infrastruktur des EFRE in Verbindung mit immateriellen Investitionen des ESF zum Ziel. Dies solle größere Synergien zwischen den öffentlichen Investitionen hervorrufen und bei gegebenem Budget bessere Ergebnisse und Wirkungen erzielen. Der Ausschuss beschloss, das ITI Westküstenprogramm auf die Tagesordnung einer seiner nächsten Sitzungen zu setzen.

Neben dem Gespräch mit dem EU-Kommissar und Vertretern der GD Region fand unter anderem auch ein intensiver Austausch mit dem Vorsitzenden des Ausschusses der Regionen, Karl-Heinz Lambertz, statt. Der Vorsitzende der Versammlung der Regional- und Kommunalvertreter der Europäischen Union forderte die Abgeordneten auf, gemeinsam mit den vielen anderen Gebietskörperschaften in Europa gegen drohende Kürzungen in den Strukturfördermitteln einzutreten. Es sei wichtig, dass die direkten Förderungen vor Ort in den Regionen unverändert erhalten blieben - nicht zuletzt für die Akzeptanz der Europäischen Union bei den Bürgerinnen und Bürgern. Zu den Perspektiven der Regionen und Städte sowie zu der Zukunft der Kohäsionspolitik siehe Anlagen 2 und 3.

In dem Austausch mit den aus Schleswig-Holstein stammenden Abgeordnetenkollegen des Europäischen Parlamentes wurden eine ganze Reihe von aktuellen Themen besprochen: von der neuen EU-Datenschutz-Grundverordnung bis zu den komplexen Verhandlungen im Asylbereich und Grenzschutzfragen.

Das intensive Tagungsprogramm, das von der Landesvertretung in Brüssel - dem Hanse Office - vorbereitet worden war, umfasste darüber hinaus Gespräche mit Experten der Grenzagentur Frontex, der Europäischen Kommission, des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) zu den Brexit Verhandlungen (Anlage 4) sowie dem Botschafter und Ständigen Vertreter der Bundesrepublik Deutschland bei der Europäischen Union.

gez. Wolfgang Baasch
Vorsitzender

gez. Jutta Schmidt Holländer
Protokollführerin